

Schv das

In eigener Sache



Podcast: Mit der UFA-Revue auf die «Hofrundi»

Die UFA-Revue hat gefragt, ausgewertet, umgesetzt und hat nun einen eigenen Podcast: «Hofrundi». Echte Themen. Echte Lösungen. Warum? Die UFA-Revue-Umfrage hat gezeigt, dass insbesondere junge aktive Bäuerinnen und Bauern sich einen Podcast wünschen. Sie möchten die Inhalte der UFA-Revue nicht nur lesen, sondern auch unterwegs hören – auf dem Traktor, während der Feldarbeit, im Stall, im Auto.

Hofrundi. Echte Themen. Echte Lösungen.

Die «Hofrundi» erscheint während einer sechsmonatigen Pilotphase jeweils Ende Monat auf Deutsch. Im Zentrum stehen echte Geschichten von Schweizer Höfen: Entscheidungen, Herausforderungen und Lösungen aus der Praxis, erzählt von den Menschen, die sie erleben. Die Folgen verbinden fachlich fundierte Informationen mit persönlichen Erfahrungen und zeigen neue Perspektiven für den eigenen Betrieb auf.

Erste Folge jetzt anhören

Die erste Episode heisst: «Risiko». Ein Schritt ins Leere – und plötzlich droht der ganze Betrieb stillzustehen. Nach einem schweren Unfall auf dem Heuboden seines Milchbetriebs fällt Milchbauer Christoph Beeler monatelang aus. Seine Frau Sonja organisiert Hilfe, Betriebs- helfer Patrick Sonderegger übernimmt Arbeiten auf dem Hof, und die Familie muss klären, wie sie den Ausfall finanziell auffangen kann.

Die zweite Podcast-Episode der Serie «Risiko» erscheint am 30. September und dreht sich um Hitze sowie Trockenheit und deren Folgen.

«Risiko» auch zum Lesen

Gleichzeitig bleibt die gedruckte UFA-Revue natürlich das Herzstück. So widmet sich nicht nur die «Hofrundi», sondern auch die Printausgabe dem Thema «Risiko» und es erwarten Sie in dieser Ausgabe (siehe rechts) und in den nächsten Ausgaben hilfreiche Inhalte zum Thema Risiko – im November dürfen Sie sich auf das Sonderheft «Risiko» freuen.



qr.ufarevue.ch/
hofrundi

Wir wünschen
Ihnen viele
hilfreiche Erkenntnisse,
Ihr UFA-Revue-Team

Schweigen senkt Risiko

Quer gelesen

- Über 90% der Strafverfahren enden in der Schweiz mit einem Strafbefehl. Dieser kommt einer Verurteilung gleich.
- Wer innert zehn Tagen Einsprache erhebt, hält sich den Weg zu einem möglichen Freispruch offen.
- Unüberlegte Aussagen im laufenden Verfahren können später nur schwer korrigiert werden.

Wer verdächtigt wird, will sich möglichst rasch erklären und die Sache aus der Welt schaffen. Unüberlegte Aussagen gegenüber den Untersuchungsbehörden können jedoch später zum Problem werden. Solange der Vorwurf und die Akten nicht bekannt sind, ist Schweigen oft die bessere Strategie.

Text: Michael Ritter

Wer im laufenden Verfahren zugeknöpft bleibt, macht nichts falsch: Schweigen ist ein Recht – und darf niemandem zum Nachteil ausgelegt werden. Bild: Adobestock

Eingeschriebene Briefe von Behörden enthalten selten gute Nachrichten. Auch für einen Schweizer Landwirt hielt ein amtlicher Umschlag im Spätwinter 2026 wenig Erfreuliches bereit. Dem Schreiben entnahm er, dass gegen ihn ein Strafverfahren eröffnet worden war. Die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, im Februar Gülle ausgebracht zu haben, obwohl dies nicht zulässig gewesen sei.

Zitiert wurde Artikel 70 des Gewässerschutzgesetzes. Strafbar macht sich nicht erst, wer einen Bach oder das Grundwasser tatsächlich verschmutzt. Es reicht, die



Michael Ritter
Rechtsanwalt,
Ritter Koller AG

Gefahr dafür zu schaffen. Ob der Boden die Gülle tatsächlich nicht mehr aufnehmen konnte, ist die entscheidende Frage – und die klärt sich meist erst im Verfahren.

Meistens folgt ein Strafbefehl

Nach der Untersuchung entscheidet die Staatsanwaltschaft, wie es weitergeht: Sie

stellt das Verfahren ein, erlässt einen Strafbefehl oder erhebt Anklage (siehe Grafik). Einstellen darf sie nur, wenn klar keine Straftat vorliegt – im Zweifel muss sie das Verfahren weiterführen. Fachleute nennen das «in dubio pro duriore», im Zweifel für das härtere Vorgehen. Deshalb enden in der Schweiz über 90 % aller Strafverfahren mit einem Strafbefehl, der einer Verurteilung gleichkommt.

Gerade in der Landwirtschaft stellt die Staatsanwaltschaft selten ein. Meist zeigt eine Fachbehörde den Fall an, etwa das Veterinäramt oder das Gewässerschutzamt. Dann fällt es der Staatsanwaltschaft schwer, von vornherein von Strafflosigkeit auszugehen.

Wer einen Strafbefehl erhält, muss ihn aber nicht hinnehmen. Im Gewässer- und Tierschutz sind Strafbefehle oft unvollständig oder fehlerhaft – vor Gericht kommt es immer wieder zu Freisprüchen. Wer innert zehn Tagen Einsprache erhebt, erreicht, dass die Staatsanwaltschaft den Fall neu beurteilt und ihn in der Regel ans Strafgericht weiterleitet. Bis dahin stellt sich vor allem eine Frage: Wie verhält man sich im laufenden Verfahren?

Wenn die Polizei plötzlich auf dem Hofplatz steht

Wenn die Polizei oder Mitarbeitende einer kantonalen Fachbehörde auf dem Betrieb erscheinen, ist nicht immer klar, ob bereits ein Strafverfahren läuft. Dann stellt sich rasch die Frage, wie weit man mit den Behörden kooperieren soll. Der Grat zwischen «ich sage nichts» und «ich versuche, ein Strafverfahren zu vermeiden» ist sehr schmal. Im Zweifel ist Zurückhaltung immer die bessere Strategie.

Grund der Befragung klären

Zunächst sollte geklärt werden, weshalb die Polizeibeamten Fragen stellen und in welcher Rolle die Befragung erfolgt. Solange nicht klar ist, worum es geht, sollten keine Fragen beantwortet werden.

Nichts spontan erklären

Der erste Reflex ist oft, den Sachverhalt zu erklären und einen möglichen Vorwurf aus der Welt zu schaffen. Gerade zu Beginn ist jedoch Zurückhaltung angezeigt. Mit jeder Aussage werden Fakten geschaffen, die später gegen die beschuldigte Person verwendet werden können.

Verweigern schadet nicht

Eine beschuldigte Person darf die Aussage verweigern und ist nicht verpflichtet, im Verfahren mitzuwirken. Dass sie schweigt oder nicht mitwirkt, darf in einem späteren Verfahren nicht zu ihrem Nachteil verwertet werden.

Keinen Zutritt gewähren

Polizeibeamte und andere Behördenvertreterinnen und -vertreter dürfen Gebäude und Ställe grundsätzlich nicht ohne Weiteres betreten. Läuft bereits ein Strafverfahren, brauchen sie dafür einen Durchsuchungsbefehl. Eine Ausnahme kann bestehen, wenn eine akute Gefahr für Leib und Leben ein sofortiges Eingreifen erfordert.

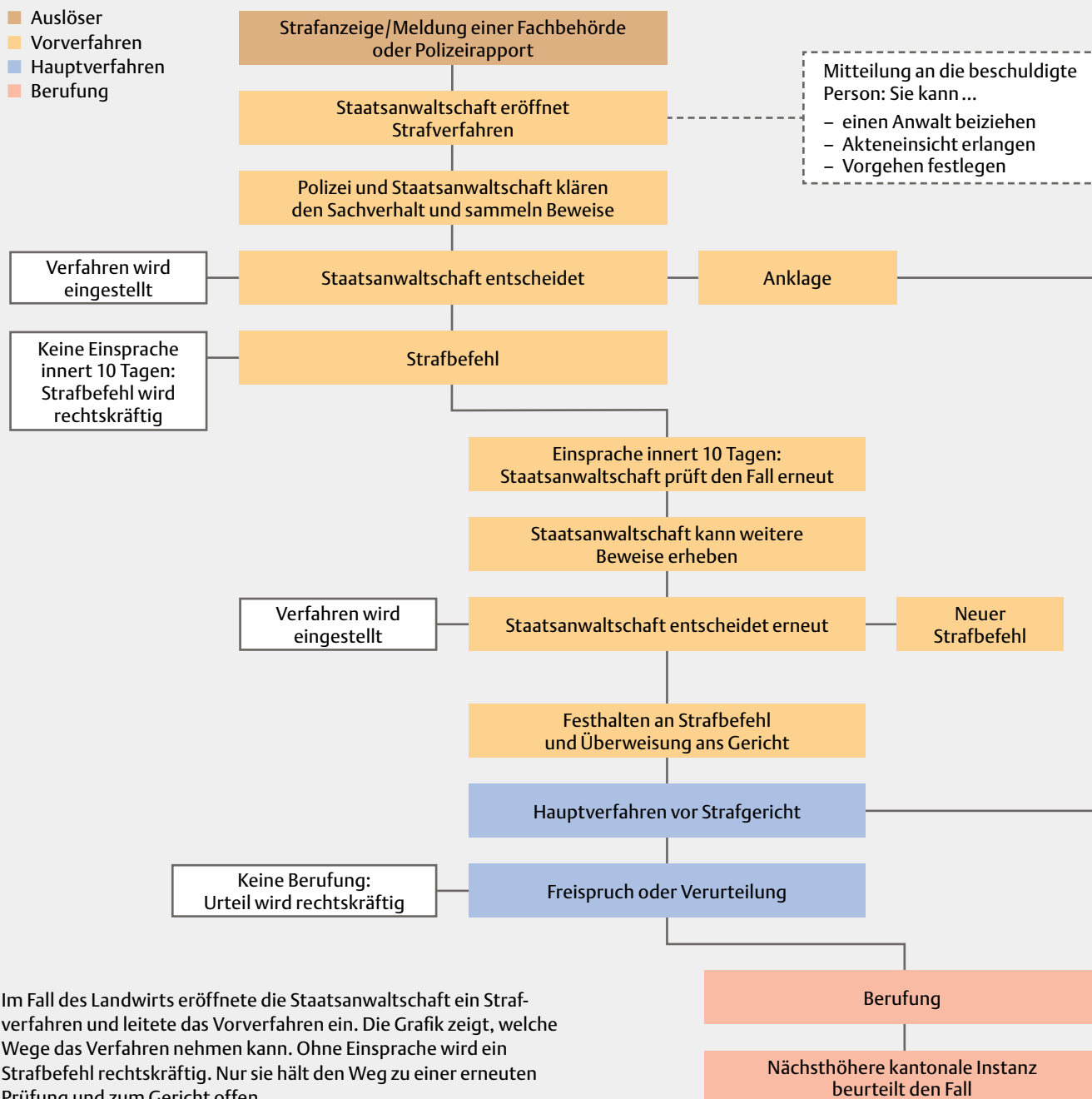
Im Strafverfahren muss sich niemand selbst belasten.

Niemand muss sich selbst belasten

Wer beschuldigt wird, etwas Unrechtes getan zu haben, will sich meist erklären und den Vorwurf aus der Welt schaffen. Gerade im Strafverfahren kann dieser menschliche Reflex jedoch zum Problem werden. Denn wer sich vorschnell rechtfertigt, macht unter Umständen Aussagen, die später gegen ihn verwendet werden. Vor einer Befragung stellt sich deshalb immer die Frage, ob und wann es angebracht ist, mitzuwirken oder auszusagen.

Von Gesetzes wegen muss sich eine beschuldigte Person im Strafverfahren nicht selbst belasten. Sie darf die Aussage verweigern und ist nicht verpflichtet, im Verfahren mitzuwirken (Art. 113 Abs. 1 StPO). Dieses Prinzip ist die Grundlage für jedes Verhalten einer beschuldigten Person.

Ablauf eines Strafverfahrens



Hinzu kommt die Unschuldsvermutung. Gemäss dem Grundsatz «in dubio pro reo» – im Zweifel für den Angeklagten – gilt eine Person als unschuldig, solange ihr die Schuld nicht bewiesen wurde. Eine beschuldigte Person muss somit nicht ihre Unschuld beweisen. Vielmehr müssen die Strafbehörden ihr die Schuld nachweisen.

Akteneinsicht schafft Klarheit

Im vorliegenden Fall ist zunächst entscheidend, worauf Polizei und Staatsan-

waltschaft ihren Vorwurf stützen. Als beschuldigte Person darf der Landwirt die Verfahrensakten einsehen – in der Regel aber erst, nachdem ihn die Staatsanwaltschaft ein erstes Mal befragt und die wichtigsten Beweise gesammelt hat. Bis dahin lohnt sich Zurückhaltung. Einen Anwalt darf er dagegen von Anfang an beiziehen, und auch an bestimmten Verfahrenshandlungen darf er teilnehmen. Aus den Akten erfährt der Landwirt – oder sein Anwalt –, ob und wie die Behörden die Aufnahme-

fähigkeit des Bodens geprüft haben. Befragt die Staatsanwaltschaft dazu einen Zeugen, dürfen der Landwirt oder sein Anwalt grundsätzlich an der Einvernahme teilnehmen und Fragen stellen.

Ein Strafverfahren ist komplex und kann früh eine Richtung nehmen, die sich später nur schwer korrigieren lässt. Deshalb ist es ratsam, von Anfang an juristische Unterstützung beizuziehen und sich nicht unvorbereitet einer polizeilichen Befragung zu stellen. ■

Dans le doute, garder le silence

- Plus de 90% des procédures pénales en Suisse aboutissent à une ordonnance pénale. Celle-ci équivaut à une condamnation.
- Une opposition formée dans un délai de dix jours ouvre la voie à un éventuel acquittement.
- Des déclarations irréfléchies en cours de procédure sont difficiles à rectifier par la suite.

Lorsqu'on est soupçonné, on veut naturellement s'expliquer au plus vite et dissiper les malentendus. Cependant, les déclarations irréfléchies devant les autorités d'instruction peuvent se révéler problématiques par la suite. Tant que l'accusation et le dossier ne sont pas connus, le silence est souvent la meilleure des stratégies.

Texte : Michael Ritter

Faire preuve de retenue au cours d'une procédure ne constitue pas une faute : se taire est un droit qui ne peut être interprété en défaveur du prévenu. Photo : Adobestock

Les courriers recommandés des autorités contiennent rarement de bonnes nouvelles, comme peut en témoigner un agriculteur suisse qui a reçu, à la fin de l'hiver 2026, une enveloppe officielle peu réjouissante. Le courrier l'informait qu'une procédure pénale avait été ouverte contre lui. Le Ministère public lui reprochait un épandage illicite de lisier en février.

L'art. 70 de la loi sur la protection des eaux (LEaux) était invoqué à cet égard. En effet, pour qu'une infraction soit punissable, il n'est pas nécessaire qu'un cours d'eau ou une nappe phréatique aient été effectivement pollués : la création d'un risque de pollution suffit. La question déterminante est donc de savoir si le sol était réellement incapable d'absorber davantage de



Michael Ritter

Avocat,
Ritter Koller AG

lisier. Or cet élément ne peut généralement être établi qu'au cours de la procédure.

D'ordinaire, l'ordonnance pénale suit

Après l'instruction, le Ministère public décide de la suite à donner : il classe la procédure, rend une ordonnance pénale ou met en accusation (voir l'illustration). Le classement n'étant possible qu'en l'absence avérée d'infraction, en cas de doute, la procédure doit être poursuivie. Ce principe est connu sous la formule latine *in dubio pro*

durior, qui signifie que le doute doit profiter à la poursuite de la procédure plutôt qu'à son abandon. C'est pourquoi plus de 90% de les procédures pénales en Suisse aboutissent à une ordonnance pénale, ce qui équivaut à une condamnation.

Dans le secteur agricole en particulier, le Ministère public classe rarement une procédure. Souvent, les faits lui sont signalés par une autorité spécialisée, telle que le service des affaires vétérinaires ou de la protection des eaux. Dès lors, le Ministère public peut difficilement partir d'emblée du principe qu'aucune infraction n'a été commise.

Cependant, la personne qui reçoit une ordonnance pénale n'est pas obligée de l'accepter. En matière de protection des animaux ou des eaux, les ordonnances pénales étant souvent incomplètes ou incorrectes, l'acquiescement par un tribunal est fréquent. Former une opposition dans les dix jours permet d'obtenir du Ministère public qu'il réexamine le cas avant de le transmettre en règle générale au tribunal pénal. Dans l'intervalle, une question se pose avant tout : comment se comporter dans la procédure en cours ?

Quand la police arrive à l'improviste dans l'exploitation

Quand la police ou des collaborateurs-trices d'une autorité spécialisée cantonale se présentent sur l'exploitation, il n'est pas toujours évident de savoir si une procédure pénale est déjà en cours. Dans quelle mesure faut-il collaborer avec les autorités ? La frontière entre « je ne dis rien » et « j'essaie d'éviter une procédure pénale » est très mince. En cas de doute, la retenue est toujours la meilleure stratégie.

Clarifier le motif de l'interrogatoire

Il faut tout d'abord clarifier pourquoi les agent-es de police posent des questions et à quel titre. Tant que l'objet de leur intervention n'est pas clairement établi, il ne faut répondre à aucune question.

Aucune explication spontanée

Le premier réflexe est souvent d'expliquer les faits pour écarter toute accusation. Pourtant, la retenue est de mise, surtout au début. En effet, chaque déclaration constitue un fait qui pourra être utilisé par la suite contre la personne prévenue.

Garder le silence ne nuit pas

Une personne prévenue a le droit de refuser de déposer et elle n'est pas tenue de collaborer à la procédure. Le fait qu'elle se taise ou ne collabore pas ne peut être utilisé en sa défaveur dans une procédure ultérieure.

Ne pas accorder l'accès

Les agent-es de police et autres représentant-es des autorités n'ont pas le droit d'accéder aux bâtiments et étables sans autre formalité. Si une procédure pénale est en cours, un mandat de perquisition est nécessaire. Cette règle connaît une exception en cas de danger aigu pour la vie ou l'intégrité corporelle qui requiert une intervention immédiate.

En procédure pénale, nul n'est tenu de s'auto-incriminer.

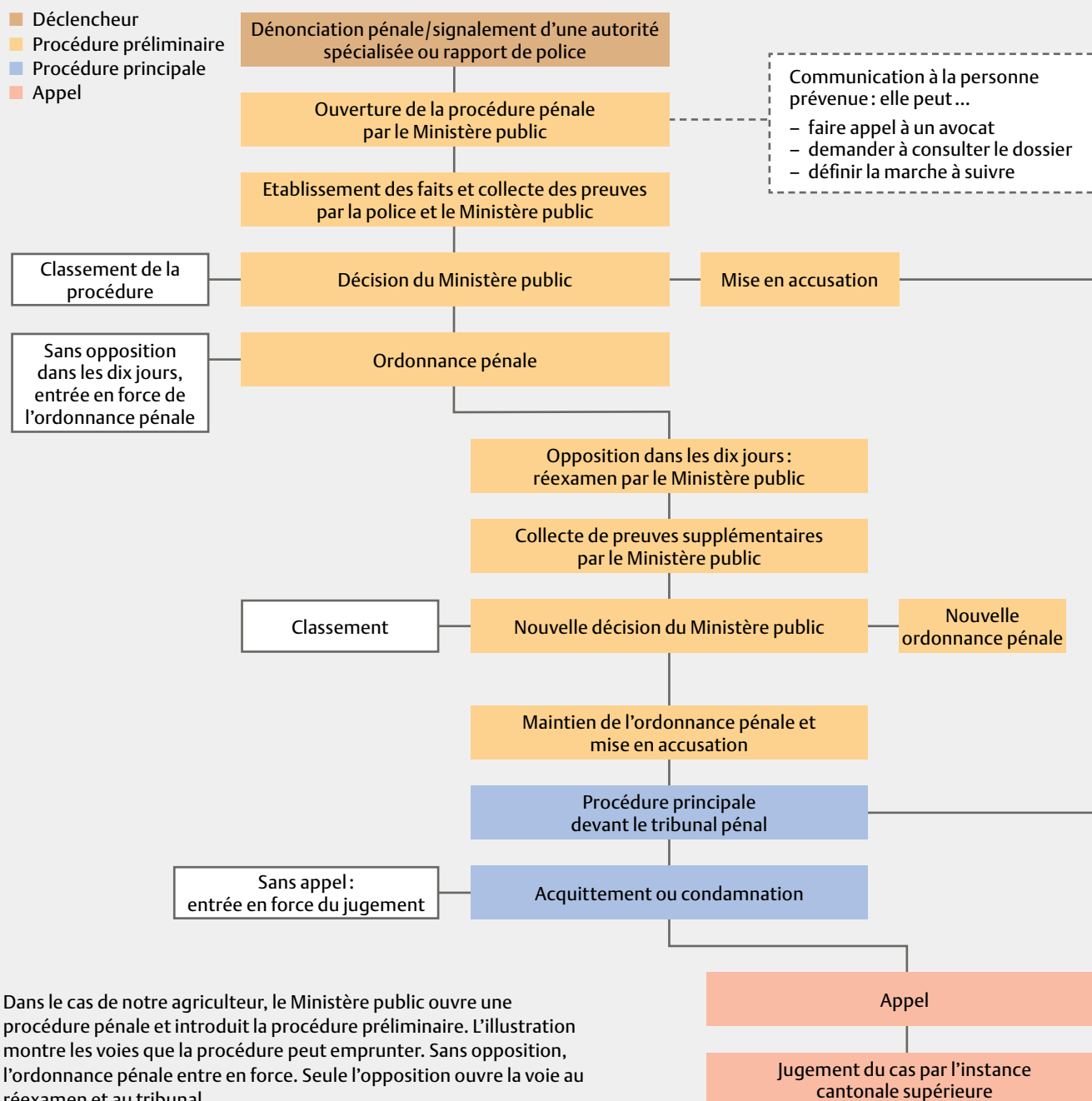
Nul n'est tenu de s'auto-incriminer

Toute personne accusée d'un acte illicite va souvent chercher à s'expliquer afin de mettre fin à l'accusation. En procédure pénale cependant, ce réflexe bien humain peut devenir problématique. Une personne qui se justifie trop hâtivement risque en effet de faire des déclarations qui pourront être utilisées contre elle par la suite. C'est pourquoi, avant tout interrogatoire, il faut se demander s'il y a lieu de collaborer ou de faire une déclaration et, le cas échéant, quand.

En vertu de la loi, en procédure pénale, la personne prévenue n'est pas tenue de s'auto-incriminer : elle peut refuser de déposer et n'a pas l'obligation de collaborer à la procédure (art. 113, al. 1, Code de procédure pénale [CPP]). C'est ce principe qui doit guider le comportement de toute personne prévenue.

Il y a encore lieu de tenir compte de la présomption d'innocence : selon le principe *in dubio pro reo*, le doute bénéficie à la

Déroulement d'une procédure pénale



personne prévenue. En d'autres termes, une personne est considérée comme innocente tant que sa culpabilité n'a pas été établie. Par conséquent, une personne prévenue n'est pas tenue de prouver son innocence. Au contraire, les autorités pénales doivent établir sa culpabilité.

Voir le dossier pour plus de clarté

Dans le cas d'espèce, les éléments décisifs sont ceux qui étayent l'accusation de la police et du Ministère public. En qualité de

prévenu, l'agriculteur a le droit de consulter le dossier de la procédure, mais en règle générale seulement après un premier interrogatoire et la collecte des principales preuves par le Ministère public. S'il est indiqué de faire preuve de retenue à ce stade, l'agriculteur a cependant le droit, dès le début de la procédure, de faire appel à un avocat et de prendre part à certains actes de procédure. La consultation du dossier permet à cet agriculteur, ou à son avocat, de savoir si les autorités ont contrôlé la capacité d'ab-

sorption du sol et, le cas échéant, de quelle manière. Si le Ministère public interroge un témoin pour ce contrôle, l'agriculteur ou son avocat peuvent en principe participer à l'audition et poser des questions.

Une procédure pénale est complexe et peut rapidement prendre une orientation difficile à rectifier ultérieurement. C'est pourquoi il est recommandé de faire appel à une assistance juridique dès le départ et de ne pas se présenter à un interrogatoire de police sans préparation. ■